



Bericht und Beschlussempfehlung

des Bildungsausschusses

a) Kinder- und Jugendgewalt eindämmen und Hintergründe stärker beleuchten

Antrag der Fraktionen von CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW

[Drucksache 20/1193](#)

Kinder- und Jugendgewalt: Ursachen beleuchten und Hilfemaßnahmen einleiten

Alternativantrag der Fraktion der SPD

[Drucksache 20/1241](#)

b) Kinder- und Jugendgewalt entschieden entgegentreten

Antrag der Fraktionen von CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und SSW

[Drucksache 20/2328](#)

Kinder- und Jugendgewalt ganzheitlich begegnen

Alternativantrag der Fraktion der SPD

[Drucksache 20/2365](#)

Der Landtag hat die Anträge Drucksachen 20/1193 und 20/1241 an den Bildungsausschuss – federführend –, den Sozialausschuss und den Innen- und Rechtsausschuss zur Beratung überwiesen. Die Ausschüsse haben schriftliche Stellungnahmen eingeholt und am 15. März 2024 ein Fachgespräch durchgeführt ([Niederschrift 20/27](#)).

Am 17. Juli 2024 hat der Landtag über die Anträge Drucksachen 20/2328 und 20/2365 debattiert ([Plenarprotokoll 20/63](#)) und auch diese den drei Ausschüssen zur Beratung überwiesen.

Die Ausschüsse haben sich in mehreren Sitzungen mit den Anträgen zum Thema Kinder- und Jugendgewalt befasst, der Bildungsausschuss zuletzt am 7. November, der Innen- und Rechtsausschuss zuletzt am 13. November und der Sozialausschuss zuletzt am 14. November 2024.

Im Einvernehmen mit den an der Beratung beteiligten Ausschüssen und den antragstellenden Fraktionen empfiehlt der Bildungsausschuss dem Landtag einstimmig, die Anträge Drucksachen 20/1193 und 20/1241 für erledigt zu erklären.

Einstimmig empfiehlt der Bildungsausschuss, den Antrag Drucksache 20/2328 mit der Maßgabe anzunehmen, dass folgende neue Nummer 14 angefügt wird:

„14. zukünftig jährlich einen schriftlichen Bericht zur Entwicklung der Gewaltvorkommnisse in Schulen auf der Grundlage der GEMON-Datenbank (Gewaltmonitoring), beginnend ab November 2025, vorzulegen.“

Mit den Stimmen von CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen von SPD und SSW bei Enthaltung der FDP empfiehlt der Bildungsausschuss dem Landtag, den SPD-Antrag, Drucksache 20/2365, abzulehnen.

Martin Habersaat
Vorsitzender